

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

22.02.2016

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am Montag,
22. Februar 2016 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Mitglied

Herr Alexander Krüger
Herr André Bleckmann
Herr Dr. Jörn Kasbohm in Vertretung von Frau Yvonne Görs
Herr Heiko Jaap
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Thomas Mundt
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Daniel Seiffert in Vertretung von Frau Birgit Socher
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Martin Banduch
Frau Bettina Bruns
Herr Jan Evers
Herr Markus Kolbe
Herr Walter Noack
Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Herr Winfried Kremer
Frau Angela Baas
Frau Katrin Teetz
Herr Dietger Wille
Frau Annett Hauswald
Frau Laura Hasselmann
Herr Thilo Kaiser
Herr Steffen Winkler
Herr Fabian Feldt
Herr Dr. Michael Heinz

Gäste

Frau Hase
Herr Lerm

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.01.2016
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Platzkosten 2016 - Abschluss von Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.V.m. §§ 78b bis 78e SGB VIII mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie Festlegung der Platzkosten/Elternbeiträge für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ ab 01.02.2016 gemäß §§ 19 ff. KiföG M-V
Eigenbetrieb "Hanse-Kinder"
- 6.2. Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die WVG
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 6.3. Realisierung des Bauvorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“
Dez. I, Amt 20
- 6.4. Verhandlungen über einen Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Wackerow
Dez. I, Amt 20
- 6.5. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit Hauptwohnsitz in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 20
- 6.6. Prüfauftrag Erweiterung des Kreises der Berechtigten für die Umzugsbeihilfe
Dr. Ulrich Rose (AL), Fraktion DIE LINKE, SPD
- 6.7. 6. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 41
- 6.8. Aufstellen einer Eisbahn im Rahmen des Weihnachtsmarktes 2016
Dez. II, Amt 32
- 6.9. Überplanmäßige Ausgabe im Teilhaushalt 05, Produkt 5110100 für die Planung und Durchführung der Maßnahme „Radstation am Bahnhof der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“
Dez. II, Amt 60
- 6.10. Teilnahme und Antrag zum bundesweiten Projektauftrag „Nationale Projekte des Städtebaus 2016“
Dez. II, Amt 60

- 6.11. Verwendung von Fraktionsmitteln für Speisen und Getränke
André Bleckmann, Vors. des Rechnungsprüfungsausschusses
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 13 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Mundt gibt bekannt, dass die WVG den Tagesordnungspunkt 6.2 „Gründung der SoPHi Greifswald GmbH“ auf die nächste Sitzung verschieben möchte, weil u. a. die Stellungnahme des Innenministeriums noch aussteht. Ein Gespräch mit dem Innenministerium soll am 11.03.2016 stattfinden.

Über die Verschiebung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

Frau Bruns stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 6.1 im nicht öffentlichen Teil „Information zum Strandbad Eldena“ in den öffentlichen Teil zu verschieben. Dieser Punkt wird in den öffentlichen Teil unter TOP 7.1 verschoben.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.01.2016

Herr Bleckmann gibt für den TOP 6.2 eine Änderung auf der Seite 5 bekannt: Hier muss es richtig heißen: „ Ziel ist es, die Kundenbindung zu erhöhen und die Fluktuationsrate um 2 %-Punkte auf 8 % zu senken.

Mit dieser Anmerkung wird über das Protokoll beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

3 Stimmenthaltungen
(Herr Dr. Ott ist der Sitzung beigetreten.)

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

keine

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Platzkosten 2016 - Abschluss von Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.V.m. §§ 78b bis 78e SGB VIII mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie Festlegung der Platzkosten/Elternbeiträge für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ ab 01.02.2016 gemäß §§ 19 ff. KiföG M-V

06/590

Herr Lerm erklärt die Vorlage. Es wurden alle Kosten, die umgelegt werden können, in die Platzkosten (u. a. auch die hohe Auslastung) einbezogen. Rechnerisch wurden die Platzkosten bereits mit dem Landkreis abgestimmt. Die prozentual höheren Steigerungen im Teilzeit- und Halbtagsbereich resultieren aus der geänderten Satzung des Landkreises, die ab dem 01.01.2015 gilt. Jetzt werden sämtliche Sachkosten auf alle Betreuungsarten zu gleichen Teilen umgelegt.

Auf die Nachfrage, was unter gezielter Verjüngung des Personals und der Schaffung einer gesunden Altersdurchmischung gemeint ist, erklärt Herr Lerm, dass zusehends bei Stellennachbesetzungen darauf geachtet wird, diese mit Berufseinsteigern zu besetzen, um so u. a. die Platzkosten moderat zu halten.

Des Weiteren erklärt Herr Lerm, dass 5 % Kostenerhöhung allein auf die Tarifsteigerung beim Personal zurückzuführen sind.

Herr Evers möchte wissen, um wie viel Prozent die Einnahmen steigen und welche Auswirkungen dies auf den Haushaltsplan hat. Hier wäre ein Vergleich angebracht. Die weitere Nachfrage bezieht sich auf die Höhe des Verzichts der anteiligen Zentralverwaltungskosten.

Herr Lerm erläutert, dass die Steigerung der Einnahmen keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan, sondern auf den Wirtschaftsplan haben.

Herr Mundt bemerkt, dass es Unterschiede bei Mieten für Flächen im Hortbereich zwischen den freien Trägern und dem Eigenbetrieb gibt. Die Verwaltung wird um Prüfung dahingehend gebeten, dass der Eigenbetrieb nicht schlechter gestellt wird.

Herr Krüger kündigt einen Änderungsantrag für die Horte an. Die Hortkosten (Elternbeiträge) für die Wohnsitzgemeinde sollen bei 93 EUR gedeckelt werden. Als Deckungsquelle wird die Mehreinnahme aus der Gewerbesteuer genannt.

Herr Lerm gibt hierbei zu bedenken, dass die Verhandlungen bereits rechnerisch abgestimmt sind. Die Bürgerschaft würde jetzt über eine Deckelung der Kosten beschließen. Es wird darauf hingewiesen, dass es immer Ziel des Eigenbetriebes war, die Kosten so darzustellen, wie sie tatsächlich sind, um den Kernhaushalt zu entlasten. Herr Lerm plädiert, von dem Antrag Abstand zu nehmen; in Vorabsprachen mit den Eltern ist man auf keine Gegenwehr gestoßen.

Herr Kerath macht darauf aufmerksam, dass seiner Ansicht nach mit dem nächsten Zyklus auch eine neue Kitabeitragssatzung erarbeitet werden und in diesem Zusammenhang dort der Antrag gestellt werden muss.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
3 Stimmenthaltungen

TOP 6.2. Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die WVG

06/548 Wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 6.3. Realisierung des Bauvorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“

06/576.1 Ziel der Vorlage „Realisierung des Bauvorhabens Z4LP“ ist die Erlangung eines Grundsatzbeschlusses auf Basis der vorliegenden Zusicherung des Landes und der beschlossenen Haushaltsplanung, so Herr Feldt. Der vorgezogene Beschluss ohne den endgültigen Förderbescheid dient zum einen nach der vorliegenden verbindlichen Zusage des Förderrahmens als ein Bekenntnis der Stadt zu dem Vorhaben und somit auch als ein Signal für das Land. Zum anderen können sich dadurch auch finanzielle Vorteile ergeben.

Durch die lange Abstimmungszeit mit dem Land (ehe es zu der Zusicherung gekommen ist) sind schon Verzögerungen im Projektablauf eingetreten, sodass davon auszugehen ist, erst im zweiten Halbjahr 2019 mit den Bauarbeiten fertig zu werden. Nach Aussage des Projektsteuerers, so Herr Feldt, ließe sich parallel zur Bearbeitung der Baugenehmigung schon die Ausführungsplanung anschieben, wodurch man einen Zeitvorteil von mindestens vier Monaten hätte.

In regelmäßigen Abständen wird über den Projektfortgang berichtet.

Weiterhin werden durch Herrn Feldt Ausführungen zu den Parkplätzen getätigt. Es ist vorgesehen, 64 Stellplätze vor Ort zu schaffen, vor allem für die Gäste, Servicetechniker und Geschäftsführung, weniger für die breite Mitarbeiterschaft. An Parkraumlösungen für die Mitarbeiter wird gearbeitet.

Des Weiteren werden Aussagen zur Konzeptfortschreibung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung getätigt (Anlage zum Protokoll).

Herr Bleckmann verweist auf die regelmäßige Checkliste zum Bauvorhaben. Herr Feldt wird sie dem Protokoll beilegen (wurde bei der Ausreichung der Unterlagen vergessen).

Herr Dr. Kerath sagt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird, weil es noch Dinge gibt, über die sie diskutieren müssen. Bezüglich der Parkplatzsituation rät er, in diesem Bereich eine Gesamtlösung der Parkraumbewirtschaftung mit der Universität zu schaffen.

Weiterhin gibt Herr Dr. Kerath zu bedenken, dass bei Umsetzung dieses Großprojektes auch noch Spielraum für andere Investitionen vorhanden sein muss. Seine Fraktion wird nur dann der Vorlage zustimmen, wenn in der Bürgerschaftssitzung seitens der Verwaltung dargestellt wird, dass alle Investitionen gleichwohl möglich sind, ohne dass man sich mit diesem Vorhaben so einschränkt, dass nichts mehr geht.

Herr Wille informiert zur Entwicklung des Investitionsrahmens der Stadt grundsätzlicher Art.

Herr Wille verweist auf den beschlossenen Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung, worin das Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie als ausfinanziertes Projekt enthalten ist. Gleiches gilt auch für andere Projekte, wie den Hansering und die Fischerschule. Im Haushaltsplan nicht enthalten sind eine zusätzliche Grundschule und nur in Teilen der Anbau an der Caspar-David-Friedrich-Schule.

Wie sich das Investitionsvolumen der Stadt entwickelt, kann noch nicht in Zahlen beziffert werde (Präsentation Anlage zum Protokoll).

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 6.4. Verhandlungen über einen Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Wackerow

06/579.1

Auf Nachfrage zum Fehlbetrag erklärt Herr Wille, dass der vorläufige Jahresabschluss und die Haushaltsplanung übermittelt wurden. Es ist ein jährlicher Verlust von 60.000 bis 100.000 EUR zu verzeichnen.

Herr Dr. Kerath begrüßt den Weg der Verwaltung, die Verhandlungen mit Wackerow aufzunehmen, gleichwohl wird die Fraktion einen Änderungsantrag zur Bürgerschaft einbringen. Zum einen soll der Oberbürgermeister bereits jetzt Kontakt bzgl. der Altschulden zum Innenministerium aufnehmen; zum anderen wird mittelfristig eine Aufstellung über die finanziellen Eckdaten (Gegenüberstellung Belastung und Vorteile einer Eingemeindung) gefordert.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.5. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit Hauptwohnsitz in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
06/561

Herr Winkler erklärt, dass es im letzten Jahr mehr Anträge (etwa 300 mehr als eingeplant) gab, als eingestellte Mittel im Haushaltsplan vorhanden waren. Die Anträge wurden zwar weiter bearbeitet, aber nicht beschieden. Da in der Satzung keine zeitliche Einschränkung festgeschrieben ist, können ab dem 01.01. auch die Altanträge verbescheidet werden. Da abzusehen ist, dass auch in diesem Jahr die eingestellten Mittel nicht ausreichen werden, wurde die Kämmerei gebeten, den Fehlbetrag (also die Altanträge) für 2016 mit zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.6. Prüfauftrag Erweiterung des Kreises der Berechtigten für die Umzugsbeihilfe

06/589

Die Fraktionen von SPD und Linke sowie Herr Rose möchten den Kreis der Berechtigten für die Umzugsbeihilfe um die Freiwilligendienstleistende, sofern diese sich in Greifswald mit ihrem Hauptwohnsitz anmelden, erweitern.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung**

TOP 6.7. 6. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/562

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.8. Aufstellen einer Eisbahn im Rahmen des Weihnachtsmarktes 2016

06/565

Ziel der Vorlage ist die Einholung des Meinungsbildes der Politik, so Herr Winkler. Die Stadt hat einen Vertrag mit der Großmarkt Rostock GmbH, der grundsätzlich vorsieht, dass der Weihnachtsmarkt und das Fischerfest für die Stadt kostendeckend realisiert werden. Wirtschaftlich gesehen, kann das Aufstellen einer Eisbahn nicht über den Weihnachtsmarkt und das Fischerfest erwirtschaftet und nicht über die Großmarkt Rostock GmbH finanziert werden (erwirtschaftete Einnahmen stehen dem Betreiber zu). Quasi müsste die Stadt gesondert Geld für dieses Vorhaben aus dem Stadthaushalt bereitstellen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Winkler, dass andere Städte für solche Vorhaben in Größenordnungen Geld zur Verfügung stellen.

Herr Krüger plädiert dafür, einen Sponsor zu finden (2/3 Sponsor, 1/3 Stadt). Angemerkt wird, dass die Verwaltung keine Deckungsquelle benannt hat. Dazu erklärt Herr Wille, dass die Verwaltung erst das Meinungsbild einholen wollte, um dann eine konkretisierte Vorlage vorzubereiten.

Auf Anregung von Herr Dr. Steffens und Herrn Evers soll die Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag umgewandelt werden. Dazu wird der zweite Satz des Beschlussvorschlages gestrichen.

Darüber wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

Über die geänderte Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.9. Überplanmäßige Ausgabe im Teilhaushalt 05, Produkt 5110100 für die Planung und Durchführung der Maßnahme „Radstation am Bahnhof der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“

06/588

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein. Es ist eine Förderung von bis zu 75 % in Aussicht gestellt, bei erhöhtem Landesinteresse bestünde auch die Möglichkeit einer Vollfinanzierung. Geplant war die Umsetzung des Vorhabens erst in 2017. Da aber aufgrund des Interesses des Ministeriums eine schnelle Realisierung in 2016 erfolgen soll, wurde der Antrag auf überplanmäßige Ausgabe gestellt (als Deckungsquelle dienen die Planungsmittel für den Hansering).

Um die Fördermittel vollumfänglich in Anspruch zu nehmen, sollte schnellstmöglich mit der Umsetzung begonnen werden, so Herr Dr. Kasbohm. Herr Mundt gibt die Folgekosten zu bedenken. Zwar könnte es sein, dass das Land der Stadt die Radstation „schenkt“, aber die Stadt muss auch die Betreiberkosten im Auge behalten.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
6 Stimmenenthaltungen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.10. Teilnahme und Antrag zum bundesweiten Projektauftrag „Nationale Projekte des Städtebaus 2016“

06/591

Herr Kaiser erläutert die Tischvorlage und entschuldigt die verspätete Zustellung, begründet durch die kurzen Antragsfristen (Antrag muss in Schwerin am 19.04.2016 vorliegen).

Es werden drei Projekte vorgeschlagen:

- 1) Sanierung Stralsunder Straße 10/11 (Eigenanteil ca. 491.667 €)
- 2) Altersgerechter und barrierefreier Umbau des Quartiers „Altes Ostseevierviertel“ (Eigenanteil ca. 1.363.600 €)
- 3) Pappelallee 1: Vom ehemaligen Luftwaffenlazarett zum städtebaulich integrierten Gesundheits- und Sozialzentrum (Eigenanteil ca. 844.444 €).

Wenn eins von den vorgeschlagenen Projekten durch die Bürgerschaft bestätigt wird, wird dieses qualifiziert aufbereitet und in Schwerin eingereicht. In jedem Fall muss die Stadt 1/3 Eigenmittel zur Verfügung stellen (zahlenmäßige Darstellung erfolgt zunächst als Annahme).

Im Einzelnen werden die Projekte durch Herrn Dr. Heinz vorgestellt.

Auf Nachfrage von Herrn Krüger informiert Herr Kaiser, dass das chancenreichste Projekt die Stralsunder Straße 10/11 sei, da es am weitesten untersetzt ist. Herr Mundt erinnert daran, dass immer gesagt wurde, die Stralsunder Straße könne sich aus Eigenmitteln finanzieren.

Herr Wille stellt klar, dass die Vorlage finanztechnisch nicht mit dem Amt abgestimmt und in der derzeitigen Finanzplanung nicht vollstellbar ist. Es kann zum jetzigen Zeitpunkt maximal ein Votum abgegeben werden, wonach die Verwaltung prüfen wird. Frau Baas ergänzt, dass, unabhängig von der Höhe des Eigenanteils, im Haushalt die Gesamtkosten der einzelnen Projekte dargestellt werden müssen.

Nach Diskussion wird Rederecht für Herrn Schmidt beantragt und ihm somit die Möglichkeit gegeben, zum Projekt Stralsunder Straße 10/11 zu sprechen.

Es wird über Punkt 1 der Beschlussvorlage abgestimmt:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Teilnahme am Projektauftrag 2016 für die Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

2. Aus den drei unten genannten möglichen Projekten wird ein Projekt ausgewählt und auf Grundlage des politischen Beschlusses für den Antrag qualifiziert aufbereitet.

- 1) Sanierung Stralsunder Straße 10/11

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

3. Für die beiden nicht-kommunalen Projekte (Stralsunder Straße 10/11 und Pappelallee 1) wird vorsorglich der pflichtig zu leistenden kommunale Eigenanteil auf maximal 300.000 EUR begrenzt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Nach kontroverser Diskussion wird der Antrag auf Neuabstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Neuabstimmung

- 1) Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Teilnahme am Projektauftrag 2016 für die Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

2. Aus den drei unten genannten möglichen Projekten wird ein Projekt ausgewählt und auf Grundlage des politischen Beschlusses für den Antrag qualifiziert aufbereitet.

1) Sanierung Stralsunder Straße 10/11

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

2) Altersgerechter und barrierefreier Umbau des Quartiers „Altes Ostseevierviertel“

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
8 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

3) Pappelallee 1: Vom ehemaligen Luftwaffenlazarett zum städtebaulich integrierten Gesundheits- und Sozialzentrum

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
8 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

3. Für die beiden nicht-kommunalen Projekte (Stralsunder Straße 10/11 und Pappelallee 1) wird vorsorglich der pflichtig zu leistenden kommunale Eigenanteil auf maximal 300.000 EUR begrenzt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 6.11. Verwendung von Fraktionsmitteln für Speisen und Getränke

06/573

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 7. Information der Verwaltung

TOP 7.1. Information zum Strandbad Eldena

Frau Au wird Rederecht erteilt. Sie gibt Informationen zum Strandbad Eldena, um den Diskussionsprozess einer eventuellen neuen Betreibung anzukurbeln (liegt jedem Ausschussmitglied als Präsentation vor).

TOP 7.2. Herr Wille gibt die Information, dass am 03.02.2016 zahlenmäßig der Jahresabschluss für 2012 verwaltungsseitig fertiggestellt wurde. Dieser wird Ende März/Anfang April dem Rechnungsprüfungsausschuss zugeleitet. Unmittelbar im Anschluss wird mit dem Jahresabschluss 2013 begonnen.

Herr Evers fragt nach, was getan werden kann, damit die Jahresabschlussarbeiten und laufenden Arbeiten zügiger vorangehen. Er bittet darum, Anforderungen zu schreiben, was an Personal benötigt wird, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Herr Wille bemerkt dazu, dass es momentan im öffentlichen Sektor keine ausgebildeten Leute gibt, die verfügbar sind.

Des Weiteren wird über die stattfindende Veranstaltung zum Bürgerhaushalt am 3. März 2016, um 18:00 Uhr, im Bürgerschaftssaal informiert.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Mundt bedankt sich bei Herrn Wille für die geleistete Arbeit und wünscht ihm alles Gute im Landkreis.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Die Sitzung wird um 21:20 Uhr beendet.

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski
für das Protokoll